Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die fechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1.50 für die viergespaltene Markenflamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 43. [52. Jahrgang.] Donnerstag den 20. Februar 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 43.

Berlin, den 19. Februar.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Vom Kriegsschauplatze.

Nach einem amtlichen türkischen Kriegsberichte haben die Bulgaren gestern Adrianopel mit großen Zwischenräumen bombardiert. Bemerkenswertes hat sich nicht ereignet. Die Beschießung von Skutari dauert nach einer montenegrinischen Mitteilung ebenfalls fort. Von türkischer Seite werden die Meldungen dementiert, wonach die Türken im Kampfe bei Bulair 15 000 Mann verloren hätten, sowie andere Gerüchte, die seit einigen Tagen über die militärischen Operationen im Umlauf sind. Auch das Gerücht, daß die Griechen 10 000 Mann in der Beschikbai gelandet hätten, beruhe auf Erfindung. Die Meldungen von einer Verwundung Enver Beis in Roboso werden ebenfalls amtlich aus Konstantinopel dementiert. — Weiter wird berichtet:

Konstantinopel, 18. Februar, 9½ Uhr Abends. Die Türken nahmen heute bei Scharköj eine neue Landung vor und landeten eine beträchtliche Truppenmacht, welche bisher an Bord von Transportschiffen gewartet hatte. Nachrichten über den Verlauf der Landung werden stündlich erwartet.

Rumänien und Bulgarien.

Wie aus Sofia berichtet wird, behauptet „Mir" auf Grund zuverlässiger Informationen, daß die Aussichten auf eine freundschaftliche Regelung des bulgarisch-rumänischen Konflikts gestiegen seien. Der Friede zwischen Bulgarien und Rumänien sei nicht so bedroht, wie man glauben machen wolle.

Die Petersburger Telegraphenagentur erfährt von zuständiger Seite, daß die allgemeine politische Lage, wie sie sich aus den Vorbesprechungen zwischen Bulgarien und Rumänien ergeben habe, nicht die pessimistischen Anschauungen eines gewissen Teils der Presse rechtfertige.

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten in Sofia und Bukarest seien nicht abgebrochen worden. Falls die direkten Vorbesprechungen nicht zu einer vollständigen Uebereinstimmung führen sollten, würden beide Regierungen hinreichend Mittel besitzen, die Streitpunkte dem Schiedsspruch der Großmächte zu unterwerfen. Es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß man sowohl in Rumänien wie auch in Bulgarien der schweren Verantwortung Rechnung tragen werde, die derjenige Teil auf sich laden würde, der Gewalt gebrauchen würde, bevor zunächst die friedlichen Mittel zur Beseitigung der Differenzen erschöpft seien. Alle Großmächte versuchten der Frage eine friedliche Lösung zu geben, da sie übereinstimmend den Wunsch hegten, die Möglichkeit eines Konflikts zu vermeiden.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ermögen die Großmächte jetzt, ob sie in den zwischen Bulgarien und Rumänien schwebenden Fragen ihre Vermittlung anbieten sollen.

Nach Meldungen aus Sofia erfolgte der letzte Schritt in den Verhandlungen dort am Sonnabend, in dem Prinz Ghika erklärte, Rumänien könne die letzten Vorschläge Bulgariens nicht annehmen. Es könne notwendig werden, daß er sich nach Bukarest begebe um mit seiner Regierung zu konferieren. Er fügte hinzu, daß Rumänien nicht auf der Erlangung Silistrias bestehen werde, falls Bulgarien gewillt sei, Kap Kaliakra abzutreten. Kaliakra liegt angeblich in der Mitte zwischen Balchik, das früher von Rumänien in Vorschlag gebracht worden war, und einem Punkte am Schwarzen Meer, der von Bulgarien bereits als Grenze angeboten wurde. Vor einigen Tagen erklärte sich Bulgarien bereit, eine weitere Konzession zu machen. Anstatt die Befestigungen bei Medschidje Tabia in dem Gebiet von Silistria zu schleifen, erklärte es sich bereit, es in unverändertem Zustande mit den Forts an Rumänien abzutreten. Gleichzeitig erbot es sich, seine Konzessionen am Schwarzen Meer weiter nach Süden auszudehnen, als in dem letztbin in London unterzeichneten Protokoll festgesetzt war. Es wird darauf hingewiesen, daß Prinz Ghikas Vorschlag hinsichtlich Kaliakras von Bulgarien nicht angenommen werden könnte, weil die dort angelegten Forts Varna bedrohen würden. Es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß, falls Rumänien zu extremen Maßnahmen greifen und versuchen sollte, bulgarisches Gebiet zu belegen, Bulgarien der Okkupation keinen aktiven Widerstand entgegensetzen würde, wenigstens nicht vor Beendigung des Krieges mit der Türkei. Bulgarien glaubt auch, daß Rußland verpflichtet wäre, von einem solchen Vorgehen Rumäniens Notiz zu nehmen. — Amtliche Meldungen aus Bukarest bezeichnen die Situation als akut. Rumänien müsse seine Position wahren und auf der von ihm vorgeschlagenen Grenzlinie von Tutkarai bis Balchik bestehen, falls Bulgarien keine weiteren annehmbaren Konzessionen mache. Die letzten Vorschläge Bulgariens werden als zu unbedeutend bezeichnet, um annehmbar zu sein.

Wie das genannte Bureau weiter meldet, unternehmen die Mächte Schritte in Sofia und Bukarest, um weitere Reibungen zu verhindern. In diplomatischen Kreisen wird allgemein die Ansicht geäußert, daß diese Schritte und eine eventuelle Vermittlung zu einer Verständigung führen werden.

Die Bukarester Zeitung „La Roumanie" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß Take Jonescu nur drei Unterredungen mit Dr. Danew stets in Anwesenheit des Gesandten Mischu hatte, und daß er niemals auf irgend eine der rumänischen Forderungen verzichtet hat. Er hatte nicht einmal einen Anlaß, irgend einen Verzicht ins Auge zu fassen, da die bulgarischen Angebote allzu gering waren, um Gegenvorschläge zu ermöglichen.

Griechen und Bulgaren.

Saloniki, 18. Februar. Die Gerüchte über blutige Zusammenstöße zwischen griechischen und bulgarischen Soldaten in Serres bewahrheiten sich nicht. Sie sind darauf zurückzuführen, daß ein verhafteter griechischer Lehrer dem ihn begleitenden Gendarmen entsloh und bei einer in Serres liegenden griechischen Kavallerieeskadron Zuflucht suchte. Die griechischen Soldaten glaubten, den Flüchtling nicht ausliefern zu dürfen. Der bulgarische Platzkommandant ließ dann die Quartiere der griechischen Eskadron umstellen, worauf sich der griechische Kommandant zum bulgarischen Kommandanten begab und ihn über den Vorfall aufklärte. Hierauf wurde das bulgarische Militär zurückgezogen.

Aus Konstantinopel.

Konstantinopel, 18. Februar. Zwei Abgesandte des Komitees zur Veröffentlichung der Grausamkeiten der Verbündeten werden sich nach Europa begeben, um den türkenfreundlichen Publizisten zu danken und neue Dokumente über Grausamkeiten der Verbündeten zu veröffentlichen.

* * *

Die österreichisch-ungarischen Kreuzer „Maria Theresia" und „Kaiserin Elisabeth" sind, wie die „Militärische Rundschau" meldet, nach Smyrna abgegangen. Von dort wird „Kaiserin Elisabeth" als zweites Stationsschiff nach Konstantinopel gehen, während „Maria Theresia" die Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessen im Aegäischen Meere obliegt, zu welchem Zwecke dieses Schiff in den dortigen Gewässern kreuzen wird.

Rundschau im Auslande.

„Daily Chronicle" über die Heeresvermehrungen in Deutschland.

London, 19. Februar. Daily Chronicle" führt in einem Leitartikel aus, daß kein Grund vorliege, den Heeresvermehrungen in Deutschland und Frankreich eine zu große Bedeutung beizulegen. Das Blatt zieht den Schluß, daß, wenn England den Ratschlägen von Lord Charles Beresford und Lord Roberts folgte, seine vermehrten Rüstungen sofort durch anderweitige Verstärkungen ausgeglichen werden würden. „Daily Chronicle" führt fort:

Wenn Kräfte tätig sind, die kriegerische Tendenz zu haben scheinen, so sind auch noch andere Kräfte vorhanden, die für den Frieden wirken. Bei mehreren Gelegenheiten haben wir darauf hingewiesen, welche hervorragende Rolle Deutschland während der Balkankrise bei der Verhinderung eines europäischen Konflikts gespielt hat. Offenbar sind seine Staatsmänner in der Haltung zu England von demselben Geiste beseelt. Jeermann wird die eben veröffentlichten Berichte über die Erklärungen des Herrn von Jagow und des Admirals von Tirpitz aufrichtig willkommen heißen. Es ist im höchsten Maße bedeutsam, zu erfahren, daß der Meinungsaustausch, der stattgefunden hat, zur Beseitigung von Schwierigkeiten führte, und daß Deutschland Berührungspunkte und gemeinsame Interessen mit England hat. Mißstimmungen zwischen beiden Ländern schaffen von selbst dunkle Wolken am europäischen Horizont. Ihre Fernsichtschaft wird jedem Budget und jedem Ministerium in Europa Erleichterungen bringen. Indem wir die vorhandenen Mißverständnisse lösen werden, ebnen wir einen dauernden europäischen Frieden den Weg.

Deutschland und Frankreich.

Paris, 18. Februar. Der „Temps" stellt mit Befriedigung fest, daß die hiesigen Blätter die mühevolle Arbeit der deutschen Heeresverstärkungspläne mit Ruhe und Ernst erörtern, und spricht den Wunsch aus, daß Deutschland im Interesse der Würde der beiden großen Nachbarvölker angesichts der französischen Pläne dieselbe maßvolle Haltung zeigen möge, die Frankreich den deutschen Plänen gegenüber bewiesen habe. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien gegenwärtig so gut wie nur möglich. Deutschland und Frankreich schrieben einander keinerlei aggressive Absichten zu, es zieme sich deshalb, daß die eben angekündigte „militärische Zwiesprache" sich ruhig weiterentwickle.

Ministerpräsident Lukacs.

Budapest, 19. Februar. Ministerpräsident Lukacs veröffentlicht gegenüber den Anschuldigungen der Oppositionsführer bezüglich des Wahlfonds (siehe unter „Oesterreich-Ungarn") eine Erklärung, in der es heißt: Jeder Unbefangene ist überzeugt, daß die oppositionellen Führer nicht so sehr von der Absicht geleitet werden, die Wahrheit aufzuklären, als vielmehr von dem Bestreben, sich durch Anklagen politischer Natur im Wege des Prozeßverfahrens, wenn möglich, moralisch zugrunde zu richten, nachdem es ihnen unmöglich geworden ist, mich politisch zu besiegen. Ich bin jedoch nicht in der Lage, ihnen hilfreiche Hand dabei zu bieten, daß der normale Verlauf der Rechtspflege durch Erklärungen, wie sie die Oppositionsführer gestern erlassen haben, gestört werde. — Ministerpräsident Lukacs wurde im Klub der Regierungspartei von den Parteigenossen mit großen Sympathiekundgebungen empfangen.

Das Jubiläum des Hauses Romanow.

Petersburg, 18. Februar. Amtlich wird das Zeremoniell für die bürgerlichen, religiösen und militärischen Feierlichkeiten bekanntgegeben, die vom 6. bis zum 9. März aus Anlaß des 300jährigen Jubiläums des Hauses Romanow stattfinden werden. Am 7. März, Vormittags, werden der Kaiser und die Kaiserin im Winterpalais die Deputationen der verschiedenen Staaten und am Abend das diplomatische Korps empfangen.

Die Duma-Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Programms für die Beteiligung am Jubiläum des Hauses Romanow beauftragt ist, hat beschlossen, einen besonderen Fonds für landwirtschaftliche Meliorationen zu errichten, ferner ein pädagogisches Institut zu gründen mit Musteranstalten einer Kleinkinderschule, einer Primär-, einer Sekundarschule und eines Gymnasiums, des weiteren in jedem Gouvernement und jeder Provinz ein Lehrerseminar zu errichten, und schließlich in Moskau ein Nationalmuseum zu begründen mit einer Erenkapelle für das Haus Romanow.

Wilson und die Trusts.

Trenton, 18. Februar. Die sieben Antitrustvorlagen Wilsons wurden heute vom Repräsentantenhause des Staates New Jersey in derselben Fassung angenommen, in der sie der Senat gestern vor einer Woche angenommen hatte. Sie gehen nun an Gouverneur Wilson zur Unterzeichnung. Eine Delegation von Arbeiterführern suchte heute morgen den Gouverneur auf und verlangte eine Abänderung, durch welche die Arbeitergewerkschaften und Verbände von der Anwendung der sieben Gesetze ausgenommen werden. Wilson wies darauf hin, daß die Anwendung der Gesetze auf diejenigen beschränkt sei, die Handel mit allgemeinen Verkehrsgütern treiben. Der Oberste Gerichtshof habe entschieden, daß Arbeit kein allgemeines Verkehrsgut im Sinne des Gesetzes sei. Falls die Vorlagen nach den Wünschen der Arbeiterführer abgeändert werden sollten, würden sie von den Gerichten New-Jerseys als Klassengesetzgebung für unkonstitutionell erklärt werden. Die Arbeiterführer zogen daraufhin ihren Einwand zurück.

Kleinere politische Nachrichten.

Nach einer Meldung aus Wien wurden die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen gestern wieder aufgenommen durch eine mündliche Besprechung, die unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh über die Regelung des Sprachengebrauchs bei den staatlichen Behörden in Böhmen stattfand. — Aus Petersburg wird berichtet: Die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt von zuständiger Seite, daß die in ausländischen Blättern erschienenen Petersburger Telegramme über die Antwort Kaiser Nikolaus' an Kaiser Franz Joseph einen vollständig apocryphen, auf reiner Erfindung beruhenden Inhalt des Briefes wiedergeben. — Die auch in ausländischen Blättern verbreitete Nachricht des „Kurier Krakowski" vom 16. Februar über einen angeblichen Zusammenstoß zwischen einer russischen und einer österreichisch-ungarischen Grenzwache beruht auf Erfindung. Ein derartiger Zusammenstoß hat nicht stattgefunden. — Gestern abend 8 Uhr fand auf der deutschen Botschaft ein Diner zu Ehren der Mitglieder der russisch-deutschen Literaturkonferenz statt, an dem u. a. der Handelsminister Timaschew und der Präsident der Literaturkonferenz, der Geheime des Justizministers Werjewkin, teilnahmen. — Aus Mezegan wird gemeldet: Leute des aufständischen Entkstastammes überfielen ein Marktzug des Sultanismus und plünderten die Wagen. Es kam zwischen ihnen und den Anhängern des Machzen zu einer blutigen Rauferei, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab.

Der Amtsantritt Poincarés.

Paris, 18. Februar. Ministerpräsident Briand erschien heute nachmittag 2 Uhr in der Privatwohnung Poincarés in der Rue Commandant Marchand; in seiner Begleitung befanden sich der militärische und der Zivilgeneralsekretär des neuen Präsidenten sowie ein Ordonnanzoffizier des Präsidenten Fallières. Poincaré nahm darauf mit Briand in dem Präsidentenwagen Platz, während die Truppen die militärischen Ehren erwiesen, und eine große Menge ihm als Präsidenten der Republik zujubelte. Die Nationen setzten sich auf dem ganzen Wege bis zum Elysée fort, wo Präsident Fallières, umgeben von allen Ministern und den Präsidenten des Senats und der Kammer Poincaré empfing und ihm die Machtbefugnisse des Präsidenten übergab. Hierbei beglückwünschte Fallières den neuen Präsidenten und feierte ihn als hervorragenden Mann, der sein ganzes Leben dem Dienste der Republik geweihet habe. Seine Tätigkeit werde von jetzt an mit der höchsten Autorität versehen ihre Wirkung auf die Politik des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts haben, an die die Nation fest gebunden sei. Frankreich könne dadurch nur an Ruhm, Kraft und Wohlstand gewinnen. Poincaré dankte, indem er Fallières als treuen Diener der Republik und der Demokratie feierte, dessen sicheres und klarsehendes patriotisches Urteil er oft bei Regierungsberatungen kennen gelernt habe. Er werde, fügte Poincaré hinzu, seine ganze Kraft der Aufgabe widmen, die ihm zugefallen sei, und der zu genügen er sich auf das Vertrauen des Parlaments und des Landes stützen müsse. Er schloß mit der Versicherung, die Präsidenten der beiden Kammern könnten auf seine unwandelbare Hingabe an die Republik und an das Vaterland rechnen.

Um 3 Uhr 30 Minuten verließ Poincaré das Elysée, um sich nach dem Rathause zu begeben, wo die Empfänge stattfinden. Eine große Menge begrüßte den Zug mit unaufhörlichen Zurufen. Aus allen Fenstern, die mit Neugierigen dicht besetzt waren, wehten Fahnen. Auf den Durchgangsstraßen hatten sich Vereine, Delegationen und Musikkapellen aufgestellt. Als der Zug vor den Tuilerien vorüberkam, spielten die Kapellen der Vereine die Marseillaise. Eine zahllose Menge begrüßte Poincaré. Delegierte der Vereine überreichten ihm eine Adresse. An vielen Stellen wurden Blumen auf den Zug geworfen. Der Zug traf um 4 Uhr im Rathause ein. Fallières und Loubet, die beiden letzten Präsidenten, wohnten dem Empfange bei. Das Rathaus war prächtig geschmückt und beflaggt. Die Innenhöfe waren in einen Wintergarten umgewandelt. Der Munizipalrat empfing Poincaré, dem der Großkanzler des Ordens der Ehrenlegion, Florentin, das Großkreuz der Ehrenlegion umgelegt hatte. Die Militärmusik spielte die Marseillaise. Galli, der Präsident des Munizipalrats, und der Seinepräfekt Delanney sprachen Fallières den Dank der Stadt und des Seinedepartements aus. Dann begrüßten sie Poincaré. In seiner Antwort auf die Begrüßung dankte dieser dem Munizipalrat dafür, daß er Fallières, Loubet und ihm selbst die glückliche Gelegenheit gegeben habe, am gemeinsamen Herd der Einwohnerschaft von Paris zusammenzukommen. Er fuhr dann fort:

In dem Augenblick, in dem ich zum höchsten Amt berufen bin, empfinde ich es um so angenehmer, das Herz der großen Stadt mit so nahe schlagen zu hören. Denn auch die warmen Sympathien, die mich umgeben, weist mehr meine hohen Funktionen als meine Person betreffen, so sind sie dessbalb ein nicht minder schätzbares Pfand des öffentlichen Vertrauens. Sie bieten dem neuen Präsidenten eine Hilfe, über die er sich nur freuen kann. Sie sind ferner ihm aber auch gleichzeitig Pflichten, deren Ernst er nicht verkennen soll. Er wird sich Mühe geben, sie zu erfüllen, indem er mit seiner ganzen Seele dem republikanischen Frankreich dienen wird.

Um 4 Uhr 50 Minuten verließ Poincaré das Rathaus wieder, von der Menge enthusiastisch begrüßt. Der Munizipalrat hat den drei Präsidenten, die sich in das Goldene Buch der Stadt eintrugen, eine goldene Erinnerungsmedaille überreicht. 5 Uhr 20 Minuten traf Poincaré wieder im Elysée ein. Vor seiner Rückkehr ins Elysée geleitete er in Begleitung des Ministerpräsidenten Briand den früheren Präsidenten Fallières unter lebhaftem Beifall des Publikums nach dessen Wohnung. Beim Verlassen des Hauses wurde Briand erkannt und, als er sich zu Fuß ins Ministerium des Innern begab, vom Publikum sehr lebhaft begrüßt. Fallières wurden herzliche Kundgebungen dargebracht; er empfing später Vertreter der Behörden und der Schulen seines Stadtviertels, die ihm ihre Huldigung darbrachten.

Glückwunschtelegramme.

Paris, 18. Februar. Präsident Poincaré hat Glückwunschtelegramme von zahlreichen Staatsoberhäuptern erhalten. Die Depesche des Kaisers von Rußland hat folgenden Wortlaut:

In dem Augenblick, wo Sie Ihr hohes Amt antreten, zu dem Sie das Vertrauen des französischen Volkes berufen hat, drängt mich mein Herz, Ihnen die Versicherung meiner herzlichen Gefühle zu erneuern, die ich Ihnen am Tage Ihrer Wahl zur Präsidentschaft ausgedrückt habe. Sie kennen den Wert, den ich der bestehenden engen Union zwischen Frankreich und Rußland beilege. Ich rechne auf Ihre Mitwirkung für die Aufrechterhaltung und gedeihliche Entwicklung dieser Union und sprache Ihnen meine aufrichtigsten und herzlichsten Wünsche aus.

Das Kabinett Briand.

Paris, 18. Februar. Die Minister traten heute abend im Elysèepalast unter dem Vorsitz Poincarés zu einer Sitzung zusammen. Briand überreichte dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts. — Poincaré hat das Kabinett, im Amte zu bleiben. — Die von Poincaré unterzeichneten Dekrete, durch die die Mitglieder des Kabinetts in ihre Aemter wiedereingesetzt werden, werden morgen im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser hörte vorgestern nachmittag im hiesigen Königlichen Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini, und gestern vormittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn von Lyncker, des Chefs des Admiralstabes der Marine, Admirals von Heeringen und des Chefs des Marinekabinetts, Admirals von Müller. Am Abend begab Sich Seine Majestät der Kaiser zu einem Diner bei dem Fürsten Solms-Baruth; vor der Tafel wurde ein Kapitel des Ordens vom Weißen Hirsch abgehalten.

* Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist gestern abend um 10 Uhr 50 Min. vom hiesigen Anhalter Bahnhof über München nach Gmunden abgereist. Die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise mit Gefolge geleiteten den Prinzen mit Automobil zum Bahnhof. Nach kurzem Verweilen im Fürstenzimmer betraten die Herrschaften den Bahnsteig. Der Prinz reichte seiner hohen Braut aus dem Coupéfenster heraus noch einmal die Hand, und die Kaiserin und die Prinzessin winkten dem Prinzen, nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, noch zu, um dann, unter dem ehrerbietigen Gruß des Publikums, den Bahnsteig wieder zu verlassen und zum Königlichen Schloß zurückzukehren.

* Der Großherzog von Sachsen-Weimar nebst Gemahlin ist gestern mittag 1 Uhr vom hiesigen Potsdamer Bahnhof nach Braunschweig abgereist.

* Herzog Robert von Württemberg ist heute vormittag, von Demmin kommend, zum Besuche des Großherzoglichen Hofs in Neustrelitz eingetroffen. Er wird im Laufe des Nachmittags die Reise nach Berlin fortsetzen.

* Der Kaiser von Rußland hat gestern in Zarskoje Selo den bayerischen Gesandten Freiherrn von Grunelius in Audienz empfangen.

* Zu Ehren der Vollversammlung des Deutschen Handelstages, die heute und morgen im Langenbeckhause über eine große Anzahl wichtiger Fragen beraten wird, veranstaltete die Berliner Handelskammer gestern im Festsaal ihres Heims an der Dorotheenstraße einen Begrüßungsabend, zu dem neben den bereits eingetroffenen auswärtigen Delegierten die Mitglieder und Beamten der Berliner Handelskammer und zahlreiche Ehrengäste erschienen waren. Der greise Präsident der Handelskammer, Geheimrat Herz, und die beiden Vizepräsidenten, Franz von Mendelsohn und Louis Ravené, machten in liebenswürdiger Weise die Honneurs. Bei dem darauf folgenden Abendessen, zu dem 480 Gedecke aufgelegt waren, brachte Geheimrat Herz in begeistert aufgenommenen Worten ein Hoch auf den mit dem deutschen Volk und Reich großgewordenen Deutschen Handelstag aus, der unter ausgezeichneten Leitern eine überaus wichtige und segensreiche Rolle im wirtschaftlichen Leben Deutschlands spiele. Im Namen des Präsidenten Dr. Kempf, der gestern seinen 71. Geburtstag feierte, dankte der stellvertretende Vorsitzende des Handelstages Herr Robinow-Hamburg für den glänzenden Empfang und leitete unter Hinweis auf die bedeutsamen Aufgaben der Tagung die Berliner Handelskammer und ihren ehrwürdigen ewig jungen Präsidenten.

* Der Großherzog von Hessen hat dem höherigen Gesandten am Großherzoglichen Hofe Pansa das Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen.

* Wie aus Petersburg gemeldet wird, wurde Generaladjutant Fürst Dolgoruki, der ehemalige Gesandte in Persien und ehemalige Botschafter am italienischen Hofe, aus Anlaß seines heutigen 50jährigen Dienstjubiläums vom Kaiser Nikolaus eines Handschreibens gewürdigt, in dem der Kaiser seine auf tätige Erkenntlichkeit ausspricht. Fürst Dolgoruki ist früher der Person des Deutschen Kaisers attachiert gewesen.

* Wie alljährlich vereinten sich gestern im Hohenzollernsaal des Hotels Der Kaiserhof 22 ehemalige Offiziere zu einer Erinnerungsfeier an die Gefechte von Straßburg und Belfort. Anwesend waren u. A. Generalleutnant Hencke, Generalleutnant Fromm, Oberst Wolff, Generalleutnant Hende brachte im Anschluß an die Kaiserreden in Königsberg und Berlin ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus, Oberleutnant Frobenius ermahnte die Kameraden, ihre Söhne zu zu erziehen, daß sie den Vätern ebenbürtig wurden. Sein Hoch galt der treuen Kameradschaft. Im Austausch ihrer Kriegserinnerungen blieben die alten Kameraden noch lange beisammen.

Deutsches Reich.

* Beim Kaiserlichen Statthalter von Elsaß-Lothringen und der Frau Gräfin von Wedel waren in Straßburg i. E. am Dienstagabend eine Anzahl Landtagsabgeordneter, die höchsten Beamten des Landes und die Vertreter der Presse zu einem Essen geladen. Einige 80 Herren waren der Einladung gefolgt. Im Verlauf der Tafel ergriff der Statthalter das Wort zu einer Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Beisetzungsvorlage und die Steuerreform recht bald zur Verabschiedung gelangen möchten. Er schloß mit den Worten:

Unser aller Streben ist auf das gleiche Ziel, auf die Förderung der Wohlfahrt und Entwicklung des Landes gerichtet. Dies aber wird am leichtesten und sichersten erreicht, wenn Landtag und Regierung im Einvernehmen und mit Vertrauen an der Lösung der gemeinsamen Aufgaben arbeiten. Vorbedingung dazu ist, daß mit aller bestem Willen den Aufreizungs- und Verführungsversuchen von hüben und drüben entgegentreten, die die Gegensätze verschärfen, anstatt sie auszugleichen, Ruhe und Frieden nicht aufkommen lassen und damit dem Lande schweren Schaden zufügen. Darum lassen Sie uns einen einstimmigen Kampf gegen diese Störenfriede führen. Dann wird das ernstesse Hindernis gegenseitigen Vertrauens aus dem Wege geräumt und der Blick in die Zukunft frei und hoffnungsvoll werden. Denn nur die Zukunft vermag zu bauen, nur in ihr liegt das Heil, und diejenigen versündigen sich schwer am eigenen Lande, die unter Hintansetzung unumstößlicher geschichtlicher Tatsachen die Entwicklung nach vorwärts durch den beständigen Hinweis auf die Vergangenheit zu erschweren und Vorstellungen zu erwecken suchen, deren Verwirklichung dem Lande unheilbare Wunden schlagen würde. Darum lassen Sie uns zielbewußt auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse vorwärts schreiten, dann werden auch die Einwirkungen von selbst aufhören und unser Land wird unter dem mächtigen Schutz des Kaisers und des Reiches nicht nur einer blühenden Entwicklung entgegengehen, sondern es wird auch die Bewegungsfreiheit erringen, die es erstrebt und auf die es bei normalen Verhältnissen Anspruch erheben darf. Und nun bitte ich Sie, die Gläser zu erheben unsere erhabenen Landesherren zu huldigen mit dem Rufe: Seine Majestät der Kaiser, den Gott schützen möge, er lebe hoch!

Der Präsident der Zweiten Kammer des Landtages, Abg. Dr. Ricklin (Zentr.) erwiderte später und betonte:

Wir Vertreter des elsaß-lothringischen Volkes, die wir uns unserer Aufgabe voll bewußt sind, sind entschlossen, Hand in Hand mit der Regierung zu gehen und alles zu tun, was die Wohlfahrt dieses Landes zu fördern geeignet ist. In Anerkennung des zielbewußten Wohlwollens der Regierung weisen wir aber auch alle Machenschaften zurück, welche unser gutes Verhältnis zur Regierung zu untergraben suchen. Wir streben eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse unseres Landes im Rahmen des Rechts an und verurteilen rückhaltlos alle Bestrebungen, die sich dem entgegenstellen, mögen sie von jenseits der Grenze (lebhafter Beifall) oder von jenseits des Rheins kommen. Jenenfalls aber darf das elsaß-lothringische Volk für jene Machenschaften nicht verantwortlich gemacht werden.

* In Hamburg behielt bei den gestrigen Grundeigentümerwahlen zur Bürgerschaft die Rechte ihre bisherigen zwei Sitze. Auch bei den anderen bürgerlichen Parteien ist keine nennenswerte Verschiebung des Besitzstandes eingetreten. Die Sozialdemokraten behielten ihren Sitz.